

## **Solidaritätsarbeit unter erschwerten Bedingungen**

Nach dem missglückten Militärputsch hat der türkische Staatspräsident Erdogan am 20. Juli 2016 über die ganze Türkei den Ausnahmezustand verhängt. Was seither geschah macht deutlich, dass es dem türkischen Präsidenten nicht darum geht, die Putschisten zur Rechenschaft zu ziehen und den Rechtsstaat wieder herzustellen. Im Gegenteil. Präsident Erdogan nutzt die Gunst der Stunde, um die regierungskritische Opposition mundtot zu machen. Kritische Medien werden geschlossen, JournalistInnen verhaftet, Zehntausende Staatsangestellte aus dem Staatsdienst entlassen. Die Verhaftungswelle macht auch vor demokratisch gewählten Abgeordneten und BürgermeisterInnen der prokurdischen Partei HDP nicht Halt. Die von der HDP verwalteten Städte – darunter die beiden Metropolen Diyarbakir und Van – wurden staatlicher Zwangsverwaltung unterstellt. Kurz: Präsident Erdogan ist daran, die Grundlagen von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie in der Türkei zu zerstören.

Diese äusserst bedenklichen Entwicklungen haben auch Auswirkungen auf unsere Solidaritätsarbeit. Das von uns favorisierte Projekt „Gemeinschaftsmarkt Edremit“ kann zurzeit nicht verwirklicht werden. Zwar ist die ehemalige Bürgermeisterin von Edremit, Rojbin Cetin, inzwischen wieder auf freiem Fuss, doch nicht mehr im Amt. Auch ihre Gemeinde wird von regierungstreuen Zwangsverwaltern geführt. Bekir Kaya, Oberbürgermeister von Van, sitzt in Haft. Auch er war eine wichtige Ansprechperson für den Verein. Die ehemalige Bürgermeisterin und Projektpartnerin Nezahat Ergünes ist in die Schweiz geflohen und hat hier Asyl erhalten. Sie ist in der Türkei zu 14 Jahren Gefängnis verurteilt worden.

Für uns heisst dies: Wir müssen neue ProjektpartnerInnen in der Türkei suchen. Denn eine Zusammenarbeit mit den zwangsverwalteten Gemeinden kommt aus nahe liegenden Gründen nicht in Frage. Aufgeben aber ebenso wenig. Wir sind überzeugt, dass wir mittelfristig Wege finden werden, um Projekte zu realisieren, die der Bevölkerung in Van zugutekommen. Aktuell schreiben wir Solidaritätsbriefe in die Gefängnisse und machen hier in der Schweiz auf die alarmierende Situation in der Türkei aufmerksam, regen parlamentarische Vorstösse an etc. Auch wenn die Situation zurzeit äusserst schwierig ist, wir bleiben dran.

Verein Städtepartnerschaft Basel-Van, Dezember 2016